



neu & aktuell

Politische Kurzmeldungen

EU: Sicherheitsmängel in Solarien

Jede siebente Sonnenbank in einem Solarium der EU strahlt zu starke UV-Strahlen aus und gefährdet die Gesundheit. In einer Studie kritisierten die EU-Behörden, dass die Besucher viel zu selten über die Gefahren aufgeklärt würden und dass die Studios sogar Jugendliche als Kunden akzeptieren, die besonders gefährdet sind. Mehr als 500 Sonnenbänke in zehn EU-Staaten wurden untersucht.

Frankreich: Strahlenmessung online

Die Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl hat 25 Jahre später in Frankreich zur Einrichtung einer Internetseite mit Daten über die Strahlenbelastung im Land geführt. Jeder Franzose hat damit online Zugriff auf alte und neue Messwerte verschiedener Institute. Die Regierung und die Atomindustrie wollen auf diese Art Vorbehalte gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie abbauen.

Deutschland: Klonfälscher blitze ab

Das Europäische Patentamt in München hat einen Patentantrag weitestgehend abgelehnt, an dem der koreanische Klonforscher Hwang Woo Suk beteiligt war. Suk war 2006 als Fälscher entlarvt worden mit angeblichen Studien zu menschlichen embryonalen Stammzellen. Von 50 Punkten des Antrages in Bezug auf Stammzellen und Stammzellkulturen wurde lediglich einer akzeptiert.

Spanien: Anti-Tabak-Gesetz verschoben

Nach massiven Protesten von Wirtinnen wurde in Spanien die Verabschiedung eines Anti-Tabak-Gesetzes verschoben, das das Rauchen in Gaststätten generell verboten hätte. Derzeit herrscht in Spanien an Arbeitsplätzen, in Zügen und auf Bahnhöfen ein generelles Rauchverbot. In Gaststätten können die Wirtinnen aber selbst entscheiden, ob bei ihnen geraucht werden darf oder nicht.

Bei Einsparungen am Limit

Auf heftigen Widerspruch der Ärzte stoßen Vorschläge der Wirtschaftskammer, die im Gesundheitswesen Einsparungsmöglichkeiten in der Höhe von 170 Millionen Euro sieht. Der Wiener Ärztekammer-Vizepräsident und Kurienobmann der angestellten Ärzte, Univ. Prof. Thomas Szekeres: „Es darf nicht sein, dass Einsparungen auf Kosten der medizinischen Qualität oder der Patienten gehen.“ Tatsächlich sei man bereits am absoluten Limit, was sinnvolle Einsparungsmöglichkeiten betreffe. Gehaltskürzungen von durchschnittlich 13,5 Prozent im Spitalsbereich, wie sie in dem Papier der Wirtschaftskammer angedacht werden, seien inakzeptabel.

Daten-Missbrauch an Innsbrucker Klinik

Der Missbrauch von persönlichen Gesundheitsdaten von Mitarbeitern der Innsbrucker Klinik sorgt für Aufregung. Der Betriebsratsvorsitzende des wissenschaftlichen Personals, Univ. Prof. Martin Tiefenthaler sprach von „Einzelfällen von systematischem Missbrauch durch Vorgesetzte“. Die Beschwerden hätten sich im Vorjahr gehäuft, Anlassfälle gab es aber bereits seit der Einführung des KIS (Krankenhausinformationssystem) vor rund zehn Jahren. „Es liegt uns eine zweistellige Zahl an Beschwerden vor. Wir sind zwar eine Krankenanstalt, aber keine Leibeigenen“, kritisierte Tiefenthaler den Zugriff, der zumeist von Abteilungen kam, die für die konkreten Krankheitsfälle gar nicht zuständig waren. Jeder Zugriff werde protokolliert. In den persönlichen Gesundheitsdaten seien nicht nur Laborbefunde, sondern auch Röntgenaufnahmen und Arztbriefe zu finden. Der Betriebsrat fordert eine Sperrung der Daten von Mitarbeitern, außer sie seien tatsächlich in Behandlung stehende Patienten.

Oberösterreich: Ehrung für Qualitätsmanagement

Eine Ehrung für jene Ordinationen, die als erste das Qualitätsmanagement EPA (Europäisches Praxis Assessment) einsetzen, stand kürzlich in der Ärztekammer für Oberösterreich auf dem Programm. Analysiert werden damit die Bereiche Qualität und Sicherheit, Infrastruktur, Finanzen, Mitarbeiter- und Patientenorientierung sowie Kommunikation. Auf diesen Analysen aufbauend werden Lösungen zur Qualitätsverbesserung entwickelt. Als Gratulanten stellten sich Peter Niedermoser, Präsident der Ärztekammer für Oberösterreich, sowie Otto Pjeta, Referent für Qualitätssicherung der Österreichischen Ärztekammer, ein.

Lehrgang für angehende Forscher

Ab sofort können Ärzte und Absolventen naturwissenschaftlicher Studienrichtungen, die sich auf das Gebiet der klinischen Forschung spezialisieren möchten, in Wien einen akademischen Abschluss in klinischer Forschung mit internationaler Ausrichtung erlangen. Mit der Einführung des Lehrganges „Master of Science in Clinical Research“ an der Medizinischen Universität Wien, der in Kooperation mit der Vienna School of Clinical Research (VSCR) angeboten wird, wird eine Lücke geschlossen. In der Praxis werden speziell geschulte Forschungsexperten gebraucht, allerdings sind Themen der klinischen Forschung in den Lehrplänen des Medizinstudiums kaum enthalten. Das wird in dem Lehrgang behandelt, bei dem unter anderem Themen wie die gesetzlichen Grundlagen und internationalen Richtlinien, Studiendesign, Data Monitoring und Management, Biostatistik oder das Publizieren von Studiendaten gelehrt werden. Weitere Informationen dazu gibt es unter www.vscr.at sowie unter www.meduniwien.ac.at

Medikamente „rezeptfrei“ aus dem Internet

Rund ein Viertel der Österreicher zwischen 18 und 65 Jahren hat schon einmal verschreibungspflichtige Medikamente ohne Rezept gekauft, 17 Prozent bestellten das Arzneimittel über das Internet. Der Pharmakonzern Pfizer, der eine entsprechende Studie in 14 europäischen Ländern durchgeführt hat, berichtete, dass Österreich dabei auf Platz fünf liegt. Zum Vergleich: Deutschland liegt an der Spitze; 38 Prozent haben angegeben, rezeptpflichtige Medikamente ohne Rezept erstanden zu haben. Das Pharmaunternehmen warnte nachdrücklich vor dem Kauf via Internet, unter anderem deswegen, weil nach Schätzungen zwischen 50 und 90 Prozent der Medikamente gefälscht sind und zum Teil gefährliche Substanzen enthalten. Einer Hochrechnung zufolge werden in Europa jährlich bis zu 10,5 Milliarden Euro für potenziell gefälschte Medikamente ausgegeben. In Österreich sind es bis zu 260 Millionen.

Personen: Ines Manegold leitet Kabeg

Nach einigen Querelen um die Postenbestellung des Vorstandschefs der Kärntner Krankenanstalten- Betriebsgesellschaft (Kabeg) ist nunmehr die Entscheidung gefallen: Ines Manegold (48) wurde einstimmig zur Vorsitzenden bestellt. Ursprünglich war der Deutsche Rolf Eibe-Hinrichs aus Ausschreibungsverfahren als Favorit hervorgegangen, er hatte aber kurz vor seiner Bestellung abgesagt. Danach wurden mit der Zweitgereihten Manegold, die am Universitätsklinikum Düsseldorf tätig war, Verhandlungen aufgenommen. Sie ist seit 1. März 2010 im Amt und führt die Kabeg, welche die Kärntner Landesspitäler mit rund 7.000 Mitarbeitern verwaltet. Das Jahresbudget: 820 Millionen Euro. Damit sei auch der Spielraum für eine noch festzusetzende Gehaltserhöhung der Spitalsmitarbeiter geschaffen, erklärte Gesundheitslandesrat Peter Kaiser (S).

Listeriose: Stöger im Kreuzfeuer

In Österreich sind nach Angaben der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) heuer zwölf Patienten an einer Listerien-Infektion erkrankt und im Krankenhaus behandelt worden. In neun Fällen konnte der Krankheitsausbruch eindeutig dem Konsum der Käsesorte „Quargel“ der Firma ProLactal zugeordnet werden. Einer der Patienten ist daran gestorben. Das Gesundheitsministerium ergänzte, dass es in Summe 21 humane Listeriose-Fälle gegeben hat, nachdem 2009 zwölf Menschen erkrankt waren, von denen vier starben. Vom Listeriose-Ausbruch betroffen sind alle Bundesländer außer Vorarlberg und Tirol. Die Listeriose ist eine meldepflichtige Krankheit, von der jährlich circa 30 Fälle gemeldet werden. Gegen Gesundheitsminister Alois Stöger wurde wegen der Krankheitsfälle vom BZÖ ein Misstrauensantrag eingebracht, der allerdings abgelehnt wurde. BZÖ-Abgeordneter Grosz erhob daraufhin eine Ministeranklage gegen Stöger, die dem Gesundheitsausschuss zugewiesen wurde.

Kassenverhandlungen in Wien abgebrochen

Nach der vierten Runde der Honorarverhandlungen zwischen der Wiener Ärztekammer und der Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK) wurden die Gespräche abgebrochen, vorerst wurde kein neuer Termin vereinbart. Ärztekammer-Vizepräsident Johannes Steinhart forderte von der GKK, sie möge klar Position beziehen: „Wir sind der Kasse weit entgegengekommen, dieselbe Bereitschaft verlangen wir endlich auch von unserem Vertragspartner.“ Die Ärztekammer reduzierte die Tarifforderungen und verlangte im Gegenzug administrative Erleichterungen für die Ordinationen. Dazu gibt es noch keine Stellungnahme, die Kasse halte stattdessen nach wie vor an den Plänen zur Schließung zahlreicher Wiener Ordinationen fest, hieß es von Seiten der Ärzteschaft. Die GKK will 13 Millionen Euro einsparen. „Genauso viel machen jährlich alle Hausbesuche in Wien aus. Sollen die Patientinnen und Patienten nun künftig mit ihren Krankheiten allein gelassen werden, nur damit die Kasse ihre Sparziele durchbringt?“ kritisiert Steinhart.

© Österreichische Ärztezeitung Nr. 5 / 10.03.2010

© Verlagshaus der Ärzte Gesellschaft mbH, Nibelungengasse 13, A-1010 Wien

by indesign und landwirt.com